



## Spar: Recht auf Preisverhandlungen gefährdet

**Preisabsprachen.** Die Handelskette Spar will mit ihren Lieferanten weiterhin über Preise reden dürfen. Das sei völlig legal. Die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) spreche dem Handel dieses Recht ab, kritisiert Spar-Chef Drexel. Die BWB kontert.

VON EVA STEINDORFER

Wien. „Es geht die Angst um in unserer Branche.“ Um große Worte ist Spar-Vorstand Gerhard Drexel nicht verlegen. Schuld am Zittern und Bangen der Lebensmittelhändler sei die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB), die Spar dazu veranlasse, „hinter jeden Einkäufer einen Rechtsanwalt zu stellen“. Ein Ding der Unmöglichkeit, sagt Drexel.

Die Auseinandersetzung zwischen Spar und der BWB ist mittlerweile in einen veritablen Rechtsstreit ausgeartet. Spar sieht wegen der Hausdurchsuchungen der BWB das Recht auf Datenschutz und das Amtsgeheimnis verletzt und hat entsprechende Beschwerden beim Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) und der Datenschutzkommission eingebracht. Die BWB hingegen hat ein Ermittlungsverfahren gegen Spar-Chef Drexel wegen übler Nachrede angestrengt.

Abseits von Vorwürfen über Spionage-Software und CIA-Methoden geht es hier um ein Thema, das die Konsumenten ganz unmittelbar betrifft: Preisabsprachen. Diese sind illegal, und zwar sowohl zwischen Händlern untereinander (horizontale Absprache) als auch zwischen Händlern und Lieferanten (vertikale Absprache). Wegen Verdachts auf Preisabsprachen hat es seit Jänner dieses Jahres bei Spar drei Hausdurchsuchungen gegeben. Spar hat beschlossen, die Sache vor dem Kartellgericht



Über Preise muss man reden dürfen, findet Spar. Nicht jede Kommunikation erfüllt den Tatbestand einer Preisabsprache.

[Martin Parzer/picturedesk.com]

bis zum Ende auszufechten. Konkurrent Rewe einigte sich hingegen mit der BWB auf ein Settlement und eine Bußgeldzahlung.

Spar fühlt sich zu Unrecht drangsaliert: „Für die BWB besteht ein Kartellverdacht bereits, wenn über Verkaufspreise auch nur gesprochen wird“, sagt Drexel. Völlig zu Unrecht habe die BWB deshalb bei Spar „Tonnen von Unterlagen“ beschlagnahmt, die aber alle völlig unverdächtig seien. Die BWB unterliege einem „Grundlagenirrtum“: Es sei

etwa durchaus erlaubt, bei gestiegenen oder gesunkenen Herstellernkosten die von den Lieferanten festgesetzten unverbindlichen Preisempfehlungen (UVP) neu zu verhandeln. Ebenso sei es erlaubt, Aktionspreise und -zeiträume zu besprechen. Schon aus produktionstechnischen und logistischen Gründen sei eine Abstimmung absolut notwendig, da man ja bei Aktionen viel mehr absetze, also ganz andere Mengen einplanen müsse als beim regulären Verkauf.

Die BWB wolle all dies verbieten, gefährde damit den Wirtschaftsstandort und schaden den Konsumenten, meint der Spar-Chef.

### Gesetzeslage nicht ganz eindeutig

Ein „Sturm im Wasserglas, was Spar veranstaltet“, heißt es bei der BWB. Man habe dem Handelsunternehmen keineswegs das Recht abgesprochen, über Preise zu reden. Nur: „Der Händler darf mit dem Hersteller nicht ausmachen, zu welchem konkreten Preis er das Produkt im Supermarkt verkauft“, sagt BWB-Sprecher Stefan Keznickl. Kommunikation sei erlaubt, unverbindliche Preisempfehlungen ebenfalls, Preisbindung sei aber strengstens verboten. „Da ist die Gesetzeslage völlig eindeutig.“ Nicht ganz, sagt Kar-

tellrechtexpertin Astrid Ablasser-Neuhuber auf Anfrage der „Presse“ und nennt ein Beispiel: „Gemäß den Leitlinien der Europäischen Kommission sind vertikale Preisbindungen bei zeitlich begrenzten Aktionen unter bestimmten Bedingungen erlaubt.“

Es geht also durchaus um Spitzfindigkeiten. Deshalb erweist sich das Vorhaben der BWB auch als schwierig, einen Leitfaden für Preisgespräche zwischen Händlern und Produzenten zu definieren. „In Deutschland hat sich dieselbe Entwicklung vor zwei bis drei Jahren abgespielt. Bis heute hat man sich auf keinen Verhaltenskodex einigen können“, sagt WU-Handelsexperte Peter Schnedlitz, der sich in der Diskussion auf die Seite von Spar schlägt. Er sieht das „Instrument Preis von den Wettbewerbshütern angepatzt“.

Spar fordert, dass nicht von der BWB, sondern von den Sozialpartnern ein entsprechender Leitfaden ausgearbeitet wird. Die BWB hat bereits vor Monaten den Entwurf eines Leitfadens präsentiert, an diesem werde aber „noch gearbeitet“, auch in Abstimmung mit den Sozialpartnern und mit Händlern. Spar habe sich „als einziges Handelsunternehmen der Diskussion völlig verweigert“, sagt der BWB-Sprecher.



### Herzlichen Glückwunsch zur erfolgreichen Zertifizierung!

Mag.(FH) Ralph Braun CFP®  
DI Sibylle Dolecek-Anselment CFP®  
Andreas Fend CFP®  
Dieter Fuchs CFP®  
Iryna Fuchs Bakk. Econ., CFP®  
Christoph Gebhard CFP®  
Bettina Gerner CFP®  
Egon Gunz CFP®  
Mag. Andreas Jahn CFP®  
Ing. Mag. Robert Kotal CFP®  
Hermann Krassnig CFP®  
DI Anton Lutz CFP®  
Michael Schötzer CFP®  
Mag. Gerald Stadler CFP®  
Dr. Petra Katharina Stieger CFP®  
Clemens Sutter CFP®  
Bettina Undesser CFP®  
Andreas Wagner MBA, CFP®

Wir gratulieren den Kunden zu ihren qualifizierten  
Beraterinnen und Beratern

www.cfp.at

## Energie ist Achillesferse der EU

**Studie.** Hohe Energiepreise werden den globalen Marktanteil Europas bei energieintensiven Produkten bis 2035 um rund ein Drittel senken.

Wien. Was Arbeitskosten in den vergangenen 20 Jahren waren, könnten Energiekosten in den kommenden 20 Jahren werden: ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes oder einer Region. Diese – nicht ganz neue – Theorie findet auch im diesjährigen „World Energy Outlook“ der Internationalen Energieagentur, der am Dienstag vorgestellt wurde, Wiederhall. Und sie bringt für Europa einige nicht gerade erbauliche Prognosen: So würden die Energiepreise in der EU bis 2035 zwar relativ zu jenen der USA sinken. Schlussendlich würden die Kosten aber auch in 22 Jahren noch immer doppelt so hoch ausfallen wie in den Staaten.

Vor allem für die energieintensive Industrie (also etwa die Produktion von Aluminium oder Zement) würde dies einen gravierenden Nachteil auf dem Weltmarkt bedeuten. Der Exportanteil Europas am globalen Markt würde um rund ein Drittel zurückgehen, schreibt die IEA. Und dies in keinem unwichtigen Sektor von Europas Industrie. So ist rund ein Viertel aller Industriearbeiter in einem der betroffenen Bereiche beschäftigt.

Eine ähnliche Entwicklung prognostiziert die IEA für Japan. Die USA würden hingegen die zur Zeit viel beschworene Reindustrialisierung zumindest teilweise schaffen: Ihr Anteil am globalen Markt soll laut den Prognosen zumindest leicht steigen. Schlüssel für diese Entwicklung ist die for-

cierte Förderung von sogenannten unkonventionellen fossilen Energieträgern – etwa Schiefergas. Dies würde es den USA sogar ermöglichen, in etwa 20 Jahren ihren Energiebedarf vollständig selbst zu decken.

### Brasilien wird Öl-Großmacht

Andere Länder könnten dem Beispiel der USA jedoch nur zum Teil folgen, da die natürlichen oder die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür fehlen. Die meisten Länder würden daher weiterhin stark von Energieimporten abhängen. Und da der globale Energiebedarf – vor allem dank der Nachfrage in Asien – stark steige, müssten auch zusätzliche Quellen erschlossen werden. Die größten Zuwächse werden dabei Brasilien vorhergesagt, das dank Tiefseebohrungen vor der Küste die jährliche Ölproduktion von derzeit zwei auf sechs Milliarden Fass Öl pro Tag verdreifachen wird. Das südamerikanische Land wird somit zum sechstgrößten Ölproduzenten der Welt.

Aufgrund der steigenden Nachfrage nach Energie sei es wichtig, nicht auf CO<sub>2</sub>-Reduktionsmaßnahmen zu vergessen, warnt die IEA – etwa über mehr Effizienz. Um Verschwendung zu reduzieren, sollten daher die Subventionen für fossile Energieträger von derzeit 544 Mrd. Dollar weltweit reduziert werden. Zum Vergleich: Erneuerbare wurden 2012 mit 100 Mrd. Dollar gefördert. (jaz)